

HOCHTAUNUS · MAIN-TAUNUS · WIESBADEN · RHEINGAU-TAUNUS

Kein Verfahren gegen Bendel

Koalition in Wiesbaden stützt Wirtschaftsdezernenten

ht. WIESBADEN. Mit der Mehrheit der großen Koalition haben die Wiesbadener Stadtverordneten den Antrag der Opposition abgelehnt, ein Disziplinarverfahren gegen den Wirtschaftsdezernenten Detlev Bendel (CDU) einzuleiten. Grüne, Linke und Piraten sowie die Bürgerliste hatten moniert, dass in den zurückliegenden drei Jahren drei Veranstaltungen im Umfeld des Kurhauses ohne eine denkmalrechtlich genehmigte Genehmigung stattgefunden hätten. Dies habe ein Aktenuntersuchungsausschuss ergeben.



Detlev Bendel

Bernhard Lorenz, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, führte einen Beschluss des Magistrats vom Sommer 2009 für den Stadtrat ins Feld. Danach sollte eine einmal erteilte denkmalrechtliche Erlaubnis auch für jährlich wiederkehrende Veranstaltungen gelten, sofern sie unter denselben Rahmenbedingungen stattfänden. Bendel habe sich aufgrund einer Stellungnahme des städtischen Rechtsamtes darauf verlassen dürfen, dass das Landesamt für Denkmalpflege mit diesem Vorgehen einverstanden sei.

SPD will „Markenkern“ pflegen

Vorsitzender Wetzels: Sozialpolitik wichtigstes Thema

bie. WEHRHEIM. Nein, er hatte sich nicht verirrt. Die Anwesenheit des CDU-Kommunalpolitikers Markus Töpfer auf dem Unterbezirksparteitag der Sozialdemokraten war auch kein Ausdruck der neuen Nähe zwischen SPD und CDU im Hochtaunuskreis. Der Geschäftsführer der Rhein-Main-Deponie GmbH informierte am Samstag vielmehr im Vorraum des Bürgerhauses mit einem Stand seines Unternehmens über umweltgerechte Abfallentsorgung und Energiegewinnung auf den Flächen ehemaliger Deponien. Auch Betreiber von Windkraftanlagen, Umweltschutzverbände oder Lieferanten von Solartechnik und Elektrofahrern lieferten Anschauungsbeispiele für das Thema erneuerbare Energien, das den Parteitag inhaltlich beschäftigte.

Zuvor zog Stephan Wetzels in seiner Doppelfunktion als Vorsitzender von Partei und Kreistagsfraktion eine Bilanz von einem Jahr „Regierungsbeteiligung“. Seit der Kommunalwahl bildet die SPD im Hochtaunuskreis mit der CDU die Mehrheit, und nach Ansicht von Wetzels hat der Perspektivenwechsel der Glaubwürdigkeit der Sozialdemokraten nicht geschadet. Zu Oppositionszeiten habe die SPD gefordert, als nächste Schule müsse die Konrad-Lorenz-Schule in Usingen neu gebaut werden. Das sei jetzt beschlossen und die mit dem Regierungspräsidenten abgestimmte Finanzierung gesichert. Gleiches gelte für die Hans-Thoma-Schule in Oberursel. Die Förderschulen habe die SPD besonders im Blick gehabt, und mit dem Neubau der Schule für Lernhilfe, Körperbehinderte und Kranke werde 2013 begonnen. „Uns kann niemand den Vorwurf eines Bruchs machen“, sagte der Unterbezirksvorsitzende. Als wichtigsten Erfolg bezeichnete es Wetzels, dass der Erste Kreisbeigeordnete Wolfgang Murne (FDP) nicht mehr für das Sozialdezernat zuständig sei. „Überfordert und unfähig“ nannte der SPD-Vorsitzende den Liberalen. Selbst für kleinere Verbesserungen wie die Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus Hartz-IV-Familien habe man früher vergeblich kämpfen müssen. Auch die Forderung nach einem Ombudsmann sei mit der Berufung von Waldemar Schütze erfüllt. Wetzels ließ keinen Zweifel daran, dass dieses Aufgabengebiet mit Blick auf die nächste Kommunalwahl wichtig ist: „Das Thema Soziales ist der Markenkern der SPD.“ Die Wähler müssten 2016 sagen können, die SPD habe eine gute Sozialpolitik gemacht.

„In Ökostrom investieren“

SPD Main-Taunus will von Kommunen mehr Engagement

höv. ESCHBORN. Die Sozialdemokraten im Main-Taunus-Kreis fordern mehr Investitionen der öffentlichen Hand, um die Energiewende voranzubringen. Städte und Kreise müssten zum Vorreiter werden bei Erzeugung und Einsatz von Strom aus Wind, Sonnenkraft und Biomasse, sagte die Kreisvorsitzende Nancy Faeser auf dem Parteitag im Bürgerzentrum Niederhöchststadt. Nur mit privaten Investitionen allein werde es keinen grundlegenden Wandel des Energiesystems geben. Gerd Mehler ergänzte, es liege in der Hand der Kommunen, die Energiewende, den Wandel zur stärkeren Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen, durchzusetzen. Mehler ist Geschäftsführer der kommunalen Abfallbetriebe MTR und RMD in Wicker, die die Deponie versorgen und dort Ökostrom produzieren. Er sitzt dem SPD-Ortsverband in Flörsheim vor.

Nach seiner Ansicht müssen die Städte und Kreise zunächst in ihren eigenen Gebäuden Ökostrom verwenden. Darüber hinaus sollten sie aber auch selbst Energie produzieren, aus Abfall als Biomasse oder mit Solarzellen, so wie es die kreisreigen Betriebe auf der Wickerer Deponie praktizierten. Die Kommunen sollten auch in andere Anlagen investieren, wenn sich private Investoren noch zurückhielten. Mit Förderungen und ähnlichen Anreizen müsse der Bereitschaft der Privatinvestoren nachgeholfen werden. Ihnen müssten die Kommunen schließlich auch eine Beratung anbieten. Im Main-Taunus-Kreis komme für die Nutzung von Windkraft nur ein Standort in Frage, in der Nähe von Hofheim-Langenhain. Auch aus Biogas lasse sich im Kreisgebiet nicht viel Strom erzeugen, weil es dort wenig Landwirtschaft gebe. Deshalb sei es richtig, nach neuen Energieformen zu suchen, etwa der Geothermie, bei der die Wärme von Wasser tief im Erdreich verwertet wird.

Wenn die hessische Denkmalschutzbehörde wirklich der Ansicht gewesen sei, das Verhalten sei rechtswidrig gewesen, hätte sie aus Lorenz' Sicht ein ordentliches Verfahren anstreben müssen. Der Fraktionschef der Union lobte Bendel für den Mut zu einer Entscheidung, die „rechtlich nicht unangreifbar“ sei, aber dem Interesse der Stadt diene.

Während Michael von Poser, der Fraktionsvorsitzende der Bürgerliste, im Plenum zu dem Thema sprach, brachte die CDU-Fraktion ihn mit lautstarken Zwischenrufen aus dem Konzept. Zwar stimmte die SPD gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner gegen den Antrag der Opposition. Aber als die Redner der CDU Bendel verteidigten, spendeten nur der sozialdemokratische Fraktionschef Sven Gerich und sein Stellvertreter Christoph Manjura gelegentlich verhaltenen Beifall. Bei den übrigen Sozialdemokraten rührte sich keine Hand.

In der SPD herrscht die Auffassung vor, dass Bendel im Entscheidungsprozess zum Neubau der Rhein-Main-Hallen versagt habe.



Lärm mobilisiert: So viele wie noch nie zogen am Samstag aus Protest gegen den Krach der Züge im Rheintal durch Rüdesheim. Allerdings sind sich die Bürgerinitiativen nicht einig, wie weit die Forderungen gehen sollen.

Foto Cornelia Sack

Forderungen nach Tempolimit und Nachtfahrverbot

An der zweiten Großdemo gegen Bahnärm im Rheintal beteiligen sich mindestens 800 Bürger. Hauptredner Propst Rink mahnt die Bahn.

obo. RÜDESHEIM. Unter den erstaunten Blicken eifrig fotografierender japanischer Touristen sind am Samstag rund 1000 Demonstranten von der Rüdesheimer Rheinhalde bis zur Brömserburg gezogen, um bei einer Kundgebung auf dem benachbarten Parkplatz ihrem Unmut über den wachsenden Bahnärm im Rheintal zwischen Rüdesheim und Koblenz Luft zu machen. Der Sprecher der Bürgerinitiative gegen Umweltschäden durch die Bahn, Willi Pusch, zeigte sich begeistert von der großen Resonanz und schloss daraus: „Das Problem ist erkannt“.

Wie bei Demonstrationen üblich klappten allerdings in Rüdesheim die Angaben zu den Teilnehmerzahlen weit auseinander. Die Polizei sprach von rund 800 Teilnehmern, die Veranstalter von 1300,

Landrat Burkhard Albers (SPD) gar von 1500 und damit von doppelt so vielen wie bei der Premiere im vergangenen Jahr. Damals bezifferte die Polizei die Zahl der Teilnehmer mit 650. Der Lorcher Bürgermeister Jürgen Helbing (CDU) äußerte am Rande der Veranstaltung, gemessen an der Bedeutung des Themas für die Region, müssten eigentlich 50 000 Bürger gegen die unerträgliche Belastung auf die Straße gehen.

Die Polizei sicherte die Veranstaltung mit zahlreichen Beamten und hatte vor allem an den Bahnübergängen deutlich sichtbar Stellung bezogen – vermutlich um die Wiederholung einer Gleisbesetzung, die im Vorjahr den Zugverkehr für 45 Minuten behindert und für viel Ärger gesorgt hatte, von vorneherein zu unterbinden.

Unter die Demonstranten hatten sich mehrere Landräte, viele Bürgermeister, einige Landräte- und Bundestagsabgeordnete aller Parteien und aus insgesamt sechs Landkreisen gemischt, ferner die Staatssekretärin im hessischen Sozialministerium, Petra Müller-Klepper (CDU), sowie der rheinland-pfälzische Landtags-

präsident Joachim Mertes (SPD). Müller-Klepper nannte den Bahnärm „moderne Folter“.

BI-Sprecher Pusch sah in der Demonstration ein machtvolles Signal in Richtung Berlin und forderte ein Tempolimit von 50 Stundenkilometern für Güterzüge bei Ortsdurchfahrten, ein Nachtfahrverbot in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr und die unverzügliche Planung einer Neubaustrecke abseits des Rheintals. „Der Güterfernverkehr muss raus dem Rheintal, eine Alternativtrasse rein in den Bundesverkehrswegeplan“, verlangte auch Landrat Albers, der die evangelische Kirche als neuen, wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Bahnärm lobte.

Der Propst für Süd-Nassau, Sigurd Rink, war neben dem rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz (SPD) Hauptredner der Demonstration. Rink sagte, wenn die Ortskerne im Rheintal wegen des Bahnärms verödeten, dann sei „etwas faul in der Region“. Auch das wirtschaftliche Handeln der Deutschen Bahn müsse in Übereinstimmung mit der Natur stehen: „Wer den Profit hat, muss auch für die Lasten aufkommen“, forder-

te Rink mehr Bewegung von der Bahn beim Lärmschutz und eine schnelle Umrüstung der Güterwaggons auf lärmmindernde Bremssysteme. Langfristig führe ohnehin kein Weg an einer Neubaustrecke vorbei. Dem stimmte auch Minister Lewentz vorbehaltlos zu und kritisierte die zögerliche Haltung von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Die Demonstration sei ein machtvolles Zeichen, an dem auch die Entscheidungsträger in Berlin nicht einfach vorbeiregieren könnten.

Die Einigkeit der Bahnärmgegner war im Vorfeld allerdings getrübt worden, weil die große Bürgerinitiative „Pro Rheintal“ diesmal nicht als Mitveranstalterin aufgetreten war und der Politik eine zu große Einflussnahme auf die Bürgerinitiativen vorgeworfen hatte. Die Forderung nach einer Alternativtrasse wird von Pro Rheintal ebenfalls skeptisch gesehen, weil sie nicht die realistischen Möglichkeiten im Kampf gegen Bahnärm berücksichtige und „Emotionen und Illusionen“ wecke. Notwendig seien vielmehr vor allem kurzfristige, schnell wirksame Maßnahmen.

Fluglärm zerreißt die Idylle vor Kochs Haus

Aktivist protestiert mit „live“ übertragenem Krach gegen die Belästigungen durch die neue Landebahn

ESCHBORN. Noch hört man die Vögel zwitschern. In der Sackgasse im Wohngebiet am nördlichen Rand von Eschborn herrscht die Ruhe eines frühen Samstagvormittags. Ab und zu kommt ein Fußgänger oder Radfahrer vorbei. An der schmalen Straße stehen Einfamilienhäuser, in den Gärten wachsen alte Bäume. Nebenan liegen Tennisplätze, das leise Plippen der Bälle ist zu vernehmen. Doch so ruhig soll es hier, wo der ehemalige Ministerpräsident Roland Koch (CDU) sein Haus hat, nicht bleiben.

Dafür will Johannes Faupel sorgen. Er ist aus Frankfurt-Sachsenhausen angezogen, um die Idylle vor Kochs Haus zu zerreißen – mit dem Krach landender Flugzeuge. Faupel will damit gegen den Lärm von der neuen Nordwest-Piste protestieren. Dafür verantwortlich macht der Aktivist, von Beruf PR-Agent und Werbetexter, Koch, weil unter seiner Führung als Ministerpräsident der Bau der neuen Landebahn genehmigt worden ist.

Faupel ist gut vorbereitet. Er rückt mit einem Jeep an, rot wie ein Feuerwehrauto, auf dem Dach ein Schild „Lärmwehr“, auf der Ladefläche ein starker Lautsprecher. Damit will er Kochs Haus beschallen. Nicht etwa mit Krach vom Band. Vielmehr solle der Lärm, der in Sachsenhausen zu hören sei, „live“ übertragen werden, übermittle durch Internet und Mobiltelefon. Dafür sitze ein Helfer mit einem Mikrofon am offenen Fenster seines Büros – und nehme den Krach auf, den er selbst Tag für Tag dort höre, erläuterte Faupel in ruhigem Ton. Angemeldet wurde die Veranstaltung als Demonstration. Die Stadt



Angeblich alles echt und live: Der Auftritt von Fluglärmgegner Faupel Foto Dieter Röchel

Eschborn hat die Beschallung für 20 Minuten erlaubt, wie der Erste Stadtrat Mathias Geiger (FDP), der an der nächsten Ecke steht und das Geschehen betrachtet, auf Nachfrage sagt. Koch habe nicht versucht, die Aktion zu verhindern.

Die 20 Minuten reichen, wie Faupel meint. Wer einen Schluck Meerwasser trinke, der wisse schließlich, wie das Meer schmecke. Und Koch brauche diesen

schluck. Denn offenbar habe dieser „keine Ahnung“, wie laut der Lärm in der Einschlagschneise sei. Sonst hätte er, falls er zivilisiert und ein Humanist sei, solches den Menschen in Sachsenhausen niemals zugemutet. Deshalb müsse die neue Landebahn auch wieder geschlossen werden.

Faupel wiederholt das geduldig immer wieder, denn jedes der drei anwesenden Fernseherteams möchte ein Statement, und

dann sind da noch die Reporter von Radio und Zeitungen, die nach und nach eintreffen.

Um 10.15 Uhr fährt der Aktivist den roten Jeep direkt vor das Haus Kochs. Das weiß gestrichene Tor mit Metallspitzen am Vorgarten ist geschlossen. Die Fenster sind zu, im ersten Stock sind zwei Rollläden heruntergelassen. In Haus und Garten keine Regung, die Gardinen hinter den Fensterscheiben bewegen sich nicht.

Der Lärm schwilt an, steigert sich von einem Säusen und Rauschen zu einem harten Grollen und kraftvollem Dröhnen, das gegen die Mauern des Wohnhauses donnert. Faupel hält ein Lärmpegelmessgerät vor die Kamera, es zeigt Werte um 80 Dezibel. Der Krach pulsiert, er schwilt ab und an, je nachdem, ob gerade eine Maschine über Sachsenhausen hinwegfliegt. Inmitten dieses Gewitters posiert Faupel routiniert für die Fotografen, mal direkt am Tor von Kochs Haus, mal vor dem roten „Lärmwehr“-Auto.

Pünktlich nach 20 Minuten wird abgeschaltet, die Vögel sind wieder zu hören. „Diese Ruhe, das tut gut“, sagte Faupel nickend in die Kameras. Ähnliches will er auch vor den Wohnhäusern von Ministerpräsident Volker Bouffier und der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (beide CDU) sowie bei Fraport-Chef Stefan Schulte veranstalten. Darüber, dass in Eschborn der Hausherr offenbar von allem gar nichts mitbekommen hat, weil er wohl nicht zu Hause war, grämt der Aktivist sich nicht. Während er die Kopien seiner Pressemitteilung verteilt, sagt er: „Koch brauche ich nicht.“

JAN SCHIEFENHÖVEL

Max-Planck-Institut für Chemie in neuem Gebäude

olko. MAINZ. Die Mitarbeiter des Mainzer Max-Planck-Instituts (MPI) für Chemie arbeiten nun unter einem Dach. Für 44 Millionen Euro ist am Hahn-Meitner-Weg im Nordwesten des Universitätsgeländes ein vom Münchner Architektenbüro Fritsch und Tschaidde geplantes Neubau entstanden, der Platz für rund 270 Beschäftigte bietet. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich mit rund elf Millionen an den Baukosten beteiligt. Das Institut erforscht die Chemie der Erde und der Atmosphäre.

Das schon im Januar bezogene Gebäude wurde nun der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Neubau biete den Abteilungen des MPI fortan flexible, den jeweiligen Anforderungen angepasste Labore, hieß

es. So sei etwa für die Abteilung Biogeochemie ein rund 90 Quadratmeter großer Chemie-Reinraum installiert worden; dort würden mit Hilfe äußerst sensibler Messinstrumente Luftpartikel untersucht.

Der geschäftsführende Direktor Jos Leuvelde lobte die „hervorragende Infrastruktur“ für die Forschung des Instituts. Moderne Forschung setze voraus, dass Wissenschaftler ihre Ideen und Erfahrungen jederzeit austauschen könnten, sagte die rheinland-pfälzische Wissenschaftsministerin Doris Ahnen (SPD). „Die offene Architektur des neuen Gebäudekomplexes macht dies möglich.“ Sie sei sich sicher, dass sich die Forscher in dem attraktiven Neubau wohlfühlten.

Kontrollen auf Straßen und in Lokalen

ht. WIESBADEN. 299 Personen und 109 Fahrzeuge sind in der Nacht zum Samstag in Wiesbaden kontrolliert worden. An der konzentrierten Aktion beteiligten sich Einsatzkräfte des Polizeipräsidiums Westhessen, des Polizeipräsidiums Mainz, der hessischen Bereitschaftspolizei, der Landeshauptstadt Wiesbaden und der amerikanischen Garnison. Kontrollen fanden auf der Theodor-Heuss-Brücke und der Mainzer Straße, in der Wiesbadener Innenstadt sowie in Gaststätten und Spielotheken statt.

In einem Lokal sahen sich die Einsatzkräfte gegen 21 Uhr zwei Männern gegenüber, die beim Anblick der Polizisten vergeblich versuchten, die Flucht zu ergreifen. Es stellte sich heraus, dass einer der

beiden per Haftbefehl gesucht wurde und der andere sich illegal in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Beide Männer wurden in Gewahrsam genommen und am Samstag einem Haftrichter vorgeführt.

In einer anderen Gaststätte stießen die Beamten gegen 23.15 Uhr auf mehrere Personen, die sich an einem illegalen Glücksspiel beteiligten. Gegen sieben Spieler und den Betreiber des Lokals wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außerdem wurden rund 1500 Euro beschlagnahmt.

Die Verkehrskontrollen ergaben bei zwei Autofahrern eine so hohe Alkoholkonzentration, dass eine Blutprobe entnommen werden musste.